

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 9038/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Peter Corterier MdB,
Staatsminister im Aus-
wärtigen Amt: Der Brük-
kenschlag zum polnischen
Volk ist gelungen.

Seite 1

Alfred Emmerlich MdB,
Vorsitzender des Arbeits-
kreises Rechtswesen der
SPD-Bundestagsfraktion,
warnt vor Eduard Zimmer-
manns "Verbrechensauf-
klärung".

Seite 2

Uwe Jens MdB plädiert für
eine Gemeinschaftsaktion
zur Wiederbelegung der
Konjunktur.

Seite 3

Gert Weisskirchen MdB,
Obmann der Sozialdemo-
kraten im Bildungsaus-
schuß des Bundestages, be-
wertet die Erfahrungen mit
dem Fernunterricht.

Seite 4

37. Jahrgang / 174

14. September 1982

Zehn Jahre diplomatische Beziehungen mit Polen

Die Deutschen wünschen bessere Beziehungen zum polnischen Volk

Von Dr. Peter Corterier MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Mit dem Warschauer Vertrag von 1970, so sagte Willy Brandt damals, sollte eine Brücke zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk und zwischen beiden Staaten geschlagen werden. Dieser Brückenschlag von damals ist trotz aller Schwierigkeiten und Lasten aus der Vergangenheit gelungen, ja er war sogar ein wichtiges Element der Selbstbefreiung von Fesseln, die uns die Geschichte vor und nach dem Zweiten Weltkrieg auferlegt hatte.

Seit dem 14. September 1972 haben wir wieder diplomatische Beziehungen und unsere Vertretungen können seitdem am praktischen Ausbau unseres Verhältnisses zueinander arbeiten. Das ist gerade in schwierigen Zeiten wichtig. Verständigung setzt Verstehen über das, was im jeweils anderen Land vorgeht, voraus. Deutsche und Polen brauchen die Verständigung und das Verstehen ihrer jeweiligen Lage auch in einer Zeit, in der Rückschläge zu verzeichnen sind.

Die Fortdauer des Kriegsrechts, das Ausbleiben eines wirklichen Dialogs zwischen den maßgebenden gesellschaftlichen Kräften, der allein die notwendige nationale Verständigung herbeiführen könnte, erfüllt uns mit Besorgnis. Die begonnene Aussöhnung zwischen den Völkern hat sich auch in einer schwierigen Situation bewährt.

In der Stunde der Not haben die vielen Pakete von hier nach Polen praktizierte Solidarität bewiesen. Das ist wichtig in einer Zeit, in der die offiziellen Kontakte zwangsläufig geringer werden müssen, wenn nicht bald eine Normalisierung der Lage in Polen eintritt.

Wir Deutsche wünschen bessere Beziehungen zu Polen. Wir werden uns auch durch Rückschläge nicht entmutigen lassen. Schritte zur nationalen Aussöhnung in Polen sind eine entscheidende Voraussetzung dafür. (-/14.9.1982/ks/ya)



Zimmermanns gefährliche "Verbrechensaufklärung"

Den Zuschauern wird ein falsches Bild der Kriminalität vorgegaukelt

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Eduard Zimmermann, selbsternannter Galsritter im Kampf gegen das Verbrechen, hatte wieder einmal zugeschlagen: Robert Z., ein wegen einer Reihe von kleinen Diebstählen mehrfach Bestrafter, stand erneut unter Diebstahlsverdacht und ist mit Zimmermanns "AktENZEICHEN xy ... ungelöst" geschnappt worden. Weiterer Erfolg der Zimmermannschen Fernsehfindung: Die Frau von Robert Z. verlor ihren Arbeitsplatz. Robert Z. hat dem Schweizer Sendungsverantwortlichen Werner Vetterli unter anderem geschrieben: "... daß Ihre Sendung stigmatisiert, das habe ich in den letzten Monaten auf Schritt und Tritt feststellen müssen ...". Die bei der Verhandlung gegen Robert Z. anwesende Gerichtsreporterin hatte den Eindruck, daß die Fernsehfindung die Beweiswürdigung zu Lasten von Robert Z. beeinflusst hat.

Auf öffentliche Fahndung kann nicht verzichtet werden. Auch nicht auf Fernsehfindung. Öffentliche Fahndung hat ihre besonderen Risiken. Sie stellt den von ihr Betroffenen öffentlich bloß und kann für ihn zu nachteiligen Folgen für die Beweiswürdigung, für die Festsetzung des Strafmaßes und für die Wiedereingliederung (Wiedereingliederung ist der beste Schutz vor Kriminalität) führen. Diese schädlichen Folgen dürfen insbesondere bei einem noch nicht rechtskräftig Verurteilten, für den die Unschuldsvermutung gilt, nur bei Vorliegen schwerwiegender Umstände in Kauf genommen werden. Der dem Rechtsstaatsprinzip immanente Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel erfordert die Öffentlichkeitsfahndung nur bei besonders gefährlicher Kriminalität einzusetzen. Das gilt verstärkt für Fernsehfindung und müßte in noch weitaus stärkerem Maße beachtet werden bei einer Sendung wie "AktENZEICHEN xy ... ungelöst". Eine solche Sendung ist auf hohe Einschaltquoten angewiesen. Sie muß für den Zuschauer interessant gemacht werden und kann auf den Nervenkitzel und das Thriller-Strickmuster der Kriminalliteratur nicht verzichten. Eine solche Sendung steht unter Erfolgszwang.

Daher besteht die Gefahr, daß Fälle aufgenommen werden, bei denen der Erfolg wahrscheinlich, bei denen aber mit Rücksicht auf die Schwere der Tat und die Gefährlichkeit des Täters Fernsehfindung unangebracht ist. Eduard Zimmermann ist nicht in der Lage, dieser Gefahr zu steuern.

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum es problematisch ist, die Sendung "AktENZEICHEN xy ... ungelöst" Herrn Zimmermann anzuvertrauen. Herr Zimmermann verfolgt nach seinen eigenen Angaben in dieser Sendung auch das Ziel, die Straftat aus der "Opferperspektive" zu schildern. Mag sein, daß das Fernsehen sich veranlaßt sieht, auch Sendungen auszustrahlen, in denen Kriminalität unter dieser Perspektive dargestellt wird, obwohl durch eine solche Perspektive zweifellos ein unvollständiges und damit falsches Bild der Kriminalität gezeigt wird, weil die Persönlichkeit des Täters, sein Lebensschicksal, die Umstände, die zur Tat geführt haben und die Notwendigkeit seiner Wiedereingliederung ausgespart bleiben, infolge dessen einer Dämonisierung der Kriminalität und des Straftäters Vorschub geleistet wird. "AktENZEICHEN xy ... ungelöst" soll der Fahndung dienen. Dabei ist es unvermeidlich, einem großen Publikum in sehr plastischer Weise die Identität von Einzelpersonen zu enthüllen, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt (das ist die geringere Zahl der Fälle) oder einer Straftat verdächtigt sind.

Es geht nicht an, in einer Fernsehsendung, in der das große Fernsehpublikum zur Mitfahndung nach einzelnen Menschen aufgefordert wird, ein Bild von ihnen zu zeichnen, das unvollständig und damit falsch ist und die von der Fahndung Betroffenen unvermeidbar öffentlich stigmatisiert und an den Pranger stellt.



Wir sind die besseren Marktwirtschaftler

Die Kritiker der SPD sind mit Blindheit geschlagen

Von Uwe Jens MdB

Der Haushalt '82 muß nach FDP-Ansicht mit "marktwirtschaftlichen Mitteln" in Ordnung gebracht werden; der Haushaltsausgleich '83 soll wieder einmal die Entscheidung für die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien bringen.

Es ist in Mode gekommen, "marktwirtschaftliche Grundsätze" zu beschwören. Doch welche Partei im Deutschen Bundestag wendet sich eigentlich gegen marktwirtschaftliche Prinzipien? Sind Arbeitslosengeldzahlungen, Lohnfortzahlung oder Ausbildungshilfen anti-marktwirtschaftliche Maßnahmen? Mir scheint, hier werden wieder kräftig Phrasen gedroschen. Eine stärkere Beseitigung von Subventionen - dazu gehören Steuervergünstigungen und Finanzhilfen an die Unternehmen - wie sie von Sozialdemokraten angestrebt werden - sind eher ein Beitrag zum Ausbau der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Volkswirtschaftlich über unsere Verhältnisse gelobt - wegen der Ölpreisexpositionen - haben wir in den Jahren 1980/81. Das Jahr 1982 zeigt heute wieder eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Aber diese hinter uns liegende schwierige Zeit hatten Sozialdemokraten und Freie Demokraten bisher gut gemeistert. Vorhandene Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten hatte dazu geführt, daß optimale Entscheidungen getroffen wurden. Objektiv schwieriger kann es in Zukunft gar nicht werden. Mit ehrlichem Bemühen um Objektivität und vor allem Wahrheitsstreben und Sachlichkeit dürfte der Haushalt 1983 kein Stolperstein sein.

An der Bewahrung der tragenden Säulen unseres sozialen Netzes müßten alle Parteien Interesse haben; sie sind schließlich vor wenigen Jahren von allen Parteien beschlossen worden. Der "soziale Konsens" als wichtiger Baustein unserer marktwirtschaftlichen Ordnung darf nicht in Gefahr geraten.

Es ist ausgemachter Unsinn, den Sozialdemokraten antimarktwirtschaftliche Absichten vorzuhalten. Häufig haben wir uns in der Vergangenheit als die besseren Marktwirtschaftler erwiesen. Sozialdemokraten haben entscheidend dafür gestritten, die Preisbindung der zweiten Hand zu beseitigen oder die Fusionskontrolle einzuführen. Vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wurde die Gewerbesteuer nahezu abgeschafft, und die Abschreibungsmöglichkeiten wurden kräftig erweitert. So wird von uns seit Jahren eine angebotsorientierte Politik unterstützt und mitgetragen. Zum angestrebten Aufschwung gehört eben nicht nur Nachfrage, sondern auch Rendite. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, daß Renditeverbesserungen allein für die Unternehmen ausreichend sind. Was von den Unternehmen produziert wird, muß auch abgesetzt werden.

Deshalb ist mehr Einfallsreichtum erforderlich. Marktwirtschaftlich ist es durchaus, alle Repräsentanten der großen Gruppen unserer Gesellschaft an einen Tisch zu holen, um Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Der Vorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie für eine Gemeinschaftsaktion von Bund, Ländern und Gemeinden zur Verstärkung der öffentlichen Investitionen sollte schnell in einer derartigen "konzertierten Aktion" abgestimmt und mit Gehalt erfüllt werden. (-/14.9.1982/vo-he/va)

+ + +



Ein ausbaufähiger Bereich -----

Der Fernunterricht ist ein wesentliches Standbein innerhalb der Weiterbildung

Von Professor Gert Weisskirchen MdB

Obmann der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Das Fernunterrichtsschutzgesetz besteht seit fünf Jahren. Aus diesem Grund haben die Fraktionen von SPD und FDP eine Kleine Anfrage zur "Situation des Fernunterrichts" gestellt. In diesen Tagen wurde diese Kleine Anfrage von der Bundesregierung beantwortet. Im wesentlichen stellt sie fest:

- Der Fernunterricht ist eine wichtige Ergänzung des übrigen Bildungssystems, und zwar gleichermaßen im berufsbildenden wie im nicht berufsbildenden Bereich.
- Fernunterricht kommt in besonders geeigneter Weise den persönlichen Lernbedürfnissen Interessierter dadurch entgegen, daß der Lernende Lernort, Lernzeit und Lerngeschwindigkeit selbst bestimmen kann.
- Im Rahmen ihrer Zuständigkeit und unter Beachtung der Regeln des wirtschaftlichen Wettbewerbs ist die Bundesregierung bemüht, den Fernunterricht so weit wie möglich zu fördern.

Qualitative Gesichtspunkte:

Unter qualitativen Gesichtspunkten kann jetzt zuverlässig davon ausgegangen werden, daß die zugelassenen Fernlehrgänge den Mindestanforderungen genügen. Auch wenn einzelne Materialien noch verbesserungsfähig sind, sind die staatliche Zentralstelle für Unterricht der Länder und das bei der Prüfung berufsbildender Fernlehrgänge eingeschaltete Bundesinstitut für Berufsbildung darum bemüht, noch bestehende Defizite auszugleichen. Dabei wurde darauf geachtet, wie die Bundesregierung meint, daß einerseits die Methodenfreiheit der Anbieter nicht angetastet wird, andererseits aber im Interesse der Teilnehmer auf Berücksichtigung der modernsten Erkenntnisse und auch auf die Vermeidung einer Überfrachtung hingewirkt wird.

Quantitative Gesichtspunkte:

Seit 1971 ist eine deutliche Abnahme der Fernlehrgänge zu beobachten. Überwiegend ist sie auf einen Rückgang berufsbildender Angebote zurückzuführen. Dieses sei zurückzuführen auf die Konzentration auf Angebote, die auf öffentlich-rechtliche Abschlüsse vorbereiten, dann in Folge der Tatsache, daß ein größtes und auf berufliche Weiterbildung spezialisiertes Fernlehrinstitut ausgefallen ist und zuletzt, weil einige kleine Veranstalter, die befürchteten, die im Interesse der Nutzer erforderlichen Kriterien der staatlichen Prüfstellen nicht mehr erfüllen zu können.

Weil derzeit kaum Daten über soziale Herkunft, Vorbildung, Alter und Geschlecht von Fernunterrichtsteilnehmern bekannt sind, ist die geplante repräsentative Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung zu den Sozialdaten der Teilnehmer sehr stark zu begrüßen.

Internationaler Vergleich:

In dem internationalen Vergleich hält der deutsche Fernunterricht nicht stand. Es zeigt sich deutlich, daß er eine noch nicht voll genutzte Chance im deutschen Bildungswesen ist. Der Teilnehmeranteil in der Bundesrepublik liegt noch wesentlich unter dem Anteil in vergleichbaren Industrieländern, etwa Frankreich, Holland, Österreich, Norwegen und Schweden. Bedauerlicherweise liegen exakte Zahlenvergleiche nicht vor.



Neufassung des Arbeitsförderungsgesetzes und Weiterbildung:

Die Neufassung des AFG, durch die dem berufsbegleitenden Unterricht Priorität gegeben wird, würde - nach Auffassung der Bundesregierung - zu einer verstärkten Inanspruchnahme des Fernunterrichts führen. Aus diesem Grunde ist mit einem weiteren Anstieg der Teilnehmerzahl zu rechnen. Zur Zeit liegt die Teilnehmerzahl bei 7.300.

Auch wenn Fernunterricht fast ausschließlich von nicht öffentlichen Veranstaltern angeboten wird, von denen einige gemeinnützig, die meisten aber nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten, lassen Angebote einiger Industrie- und Handelskammern sowie der Rundfunkanstalten erkennen, daß in gewissem Umfang auch öffentlich-rechtliche Einrichtungen erfolgreich Fernunterricht anbieten. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft fördert derzeit ein Vorhaben, in dem der Umfang unnötiger Überschneidungen zwischen öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Fernunterrichtsangeboten untersucht wird.

Zum Fernunterrichtsschutzgesetz:

Die Auswirkungen des Fernunterrichtsschutzgesetzes sind insgesamt sehr positiv zu bewerten. Das Vertrauen in den Fernunterricht ist hergestellt, gerichtliche Verfahren sind selten. Im Interesse der Veranstalter und der Bürger sollte nur eine einzige staatliche Prüfstelle, und zwar eine gemeinsame Prüfstelle der Länder gegenüber Antragstellern und Interessenten tätig werden. Verwaltungsintern sollte bei der Überprüfung berufsbildender Fernlehrgänge das Bundesinstitut für Berufsbildung in unterschiedlicher Form eingeschaltet werden. Nach Auffassung der Bundesregierung hat sich diese Zusammenarbeit noch nicht vollauf befriedigend entwickelt. Daher würde erwogen, hierzu erneut Verhandlungen mit den Ländern aufzunehmen.

Im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens hat die Bundesregierung versichert, daß sie nach Wirksamwerden der gesetzlichen Bestimmungen den Fernunterricht in der Bundesrepublik auch durch Forschungsvorhaben fördern werde. Die Fernunterrichtsforschung im Bereich der Berufsbildung gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildung. Seit Inkrafttreten des Fernunterrichtsschutzgesetzes hat das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mehrere Forschungsvorhaben zu Fernunterrichtswerbung, zur Fernunterrichts-Didaktik und zur Angebotstransparenz in Auftrag gegeben. Das Bundesinstitut für Berufsbildung trug ebenfalls zur Fernunterrichtsforschung bei. Es entwickelte unter anderem auch einen Modell-Lehrgang "Elektrotechnik/Elektronik" für Facharbeiter, der nunmehr vom "DAG-Technikum" angeboten wird. Angestrebt wird eine Fortsetzung der Forschungsbemühungen, insbesondere auch für berufsbildende Fernlehrgänge.

Fernunterricht für Deutsche im Ausland und Ausländer in der Bundesrepublik:

Fernunterricht wird bereits Deutschen im Ausland und Ausländern in der Bundesrepublik angeboten. Das Auswärtige Amt fördert die Entwicklung von Fernunterrichtsmaterialien für den Schulunterricht in den Klassen eins bis sechs für Kinder, die sich im Ausland befinden und keinen geeigneten Schulunterricht wahrnehmen können. Erwachsene Deutsche im Ausland können ohnehin von dem gesamten deutschsprachigen Fernunterrichtsangebot Gebrauch machen, wobei allerdings die relativ hohen Versandkosten gewisse Schwierigkeiten bereiten.



Die Angebote für Ausländer in der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen. Nach Mitteilung der staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht der Länder nehmen zur Zeit rund 20.000 Ausländer im Inland an rund 300 Fernlehrgängen teil. Auch wenn die Möglichkeiten noch stärker entwickelt werden müssen, scheinen schon jetzt ausländische Teilnehmer die Vorteile von Fernunterricht für das eigene berufliche Fortkommen zu erkennen.

Fazit: Die Beantwortung der Kleinen Anfrage zur Situation des Fernunterrichts zeigt: Der Fernunterricht hat für viele Bürger an Attraktivität gewonnen. Das Vertrauen in den Fernunterricht ist gewachsen. Viele haben erkannt, daß Kenntnisse und Fertigkeiten aus Schule, Hochschule und Berufsausbildung nicht für ein ganzes Leben ausreichen. Wer im Beruf den Anschluß nicht verpassen will, wer weiterkommen möchte, wer aufsteigen will, der muß dazu lernen. Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung sind für viele eine Chance, für viele andere eine Notwendigkeit. Der Fernunterricht hat in dem weiten Bereich der Weiterbildung seinen festen Platz.

Um den Fernunterricht weiter stärker auszubauen, müssen aber Information, Beratung und Werbung verstärkt und verbessert sowie Versandkosten gesenkt werden. Die Ablegung von Prüfungen müßte ebenso erleichtert werden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird die Bundesregierung in ihren Bemühungen unterstützen, den Fernunterricht so weit wie möglich zu fördern.

(-/14.9.1982/vo-he/va)

+

+

+

